

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 21

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mfr. Nur Postbezugs.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 17. Mai 1931

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin 52, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Gewerkschaftliche Bildung als Zweckbildung.

II.

Ein richtiger Arbeiterbildner wird zunächst eine zweckhafte Einstellung, wie sie hier geschildert worden ist, durchaus nicht als etwas Unmögliches abtun. Er wird sie zu begreifen versuchen. Der Funktionär ist ein Kind unserer Epoche. Er wird nicht nur durch seine sozialen Funktionen von allen Andern der Wirtschaft und Politik erfasst, er steht auch unter dem Einfluß der geistigen Kräfte, die sich in unserer Zeit auswirken. Das ökonomische Prinzip, das unsere ganze Industrie durchdringt, beherrscht auch den Funktionär. Er will mit seinem Wissen etwas anfangen, er will in Zeiten großer Not Großes fertigbringen. Die Welt der Wissenschaft, die Kenntnisse vermitteln will, die Erkenntnisse erstrebt und sich bereits schon freut, bestimmte Zusammenhänge festgestellt zu haben, ist nicht die Welt des Gewerkschafters. Seine Welt ist durch das Zeitalter der Technik bestimmt, die sich Ziele setzt, die konstruktives leistet, die in der Praxis Brauchbares schaffen will und die sich darum am Nuh-effekt orientiert. Es muß unumwunden zugegeben werden, daß deshalb das Verlangen nach praktischer Auswertung der Schulungsarbeit befriedigt werden muß, daß die Bildung an der Bundesschule Zweckbildung sein muß. Aber es gibt nun Stufen der Zweckhaftigkeit.

Es ist die einfachste Stufe, wenn wir Schulungsarbeit wie eine Befehlsausgabe auffassen oder, um ein Bild aus dem Kursus zu gebrauchen, wie die Konsultation eines Arztes in Krankheitsfällen, der sein Rezept schreibt, um dann in der Apotheke die Mittel zur Heilung zu holen. Eine solche Auffassung von unserer Arbeit würde im Gefolge haben, daß bei jeder neuen Schwierigkeit im Wirtschaftsleben neue Kurse erforderlich würden.

Nun sollte uns schon der Vergleich vorichtig machen. Auch die Diagnose des Arztes und die verabfolgte Arznei ist nicht immer etwas Sicheres, auch die Kunst des Arztes umlauert der Zweifel. Dieser Zweifel muß um so größer sein, als es sich bei unserer Arbeit um einen ganzen Volkstörper, um große soziale Schichten, um Millionen von Arbeitslosen handelt. Im Falle einer solchen internationalen Wirtschaftskrise genügen einerseits unsere Kenntnisse der Nationalökonomie nicht, uns müssen andererseits auch die Kräfte einzelner oder ganzer Gruppen im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen versagen. Das muß ausgesprochen werden, ohne daß uns diese Erkenntnis zu einem untätigen Pessimismus zu verleiten braucht. Im Gegenteil zwingt sie uns zu einer gewissenhaften Betrachtung aller Faktoren und verpflichtet uns zu einer unaufhörlichen Anspannung auf allen Gebieten der Wirtschaft und Politik. Zu dem

Zweck ist dann auch alles wertvoll, was wir an Schulungsarbeit leisten, eine Darstellung der Entwicklung der Sozialpolitik seit hundert Jahren sowohl wie ein Eingehen auf die geistig-seelischen Nöte der Arbeiterchaft, eine Besprechung über die Wandlung des Kapitalismus wie eine Belehrung über das Arbeitsrecht. Bildung als gewerkschaftliche Zweckbildung muß sich in der Breite vollziehen, die der Lehrplan aufweist. Jedes Lehrgebiet hat Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung. Wie die gewerkschaftliche Arbeit ihre Bedeutung auch dann nicht verliert, wenn sie die Arbeitslosigkeit oder eine andere überragende Aufgabe in der jetzigen Wirtschaftsordnung nicht zu lösen vermag, so verliert auch die Schulungsarbeit auf den vorgesehenen Gebieten nicht an praktischer Bedeutung, wenn sie auf die eine oder andere brennende Frage eindeutige Antworten schuldig bleiben muß.

Gewerkschaftliche Bildung soll Zweckbildung sein, aber viele Stufen dienen diesem Zwecke und mannigfache Teilaufgaben sind uns darum gestellt. Weil wir diese Zweckhaftigkeit bejahen, müssen wir uns noch etwas anderes klarmachen. Die Arbeiterbewegung lebt nicht nur von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von klugen Abstraktionen und politischen Erwägungen, sie lebt von den Menschen, die sich ihr mit ganzer Seele hingeben. Deshalb wird gewerkschaftliche Zweckbildung auch immer Menschenbildung sein müssen. Alle Stufen der Zweckbildung müssen sich notwendig zu ihr erweitern. Wie manches starke Erlebnis bietet Bernau allein schon durch seinen Aufenthalt, dann aber durch seinen Unterricht, wie auch durch die ganze Lebensgestaltung im Laufe der vier Wochen. Solche Erlebnisse machen innere Kräfte frei und verleihen dem Dasein neue Werte, die in die Sphäre des allgemein Menschlichen gehören. Auch eine solche Erörterung über den Zweck unserer Bildungsarbeit bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Menschen. Sie befreit von einem zu leichten Autoritätsglauben an Wissenschaft und Politik. Sie gibt jedem Schüler Vertrauen zu sich selbst und schafft damit wesentliche Voraussetzungen für jedes demokratische System, sie gibt ihm aber auch die Verantwortung für die Lösung jeder sozialen Frage aus eigener Kraft. Er hat nicht mehr das Recht, nur andere anzuklagen, sondern auch die Pflicht, von sich aus mitzuwirken, wo er auch stehen mag. Seine Tätigkeit ist nicht so geringfügig, wie sie ihm erscheint. Eine solche Erörterung gibt ihm innerhalb der Gemeinschaftsarbeit, die er zu tun hat, den Mut zu sich selbst und stärkt in ihm das, was auch die Arbeiterbewegung immer wieder richtig geleitet hat, gesunden Menschenverstand und sicheren Instinkt, den die Bewegung auch heute trotz aller Bildungsarbeit nicht entbehren kann.

Hermann Seelbach.

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Der Lohnstarif für die Druckerei-Buchbinder allgemeinverbindlich.

Der Reichsarbeitsminister hat den nachstehend bezeichneten Tarifvertrag im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages

- a) auf Arbeitgeberseite:
Deutscher Buchdrucker-Berein e. B., Berlin;
- b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin;
Graphischer Zentralverband, Köln.

II. Tag des Abschlusses: 4. Februar 1931, Lohnstarifvertrag, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifverträge für Buchdruckerei-Buchbinder vom 20. März 1930.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Buchbindergehilfen und Buchbindereiarbeiterinnen in Buch- und Zeitungsdruckereien.

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Buchbindereiateilungen von Buch- und Zeitungsdruckereien, die nicht überwiegend für den Buch- und Zeitungsdruckereibetrieb Buchbinderarbeiten verrichten. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich ferner nicht auf diejenigen Buch- und Zeitungsdruckereien, die einem anderen an einem Reichstarif für das Buchbindergewerbe beteiligten Arbeitgeberverband zur Zeit dieses Vertragsabschlusses angehören. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich auf die Arbeitsverhältnisse in der Reichsdruckerei nur insoweit, als nicht in dem Sondertarifvertrag der Reichsdruckerei besondere Bestimmungen getroffen sind.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. April 1931.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Lohnstarifvertrag.

Eingetragen am 4. 5. 1931
auf Blatt 9732 I S. Nr. 4
des Tarifregisters.
Der Registerführer
gez. Sprengel.

Im Auftrag:
gez. Dr. Kalkbrenner.

Der Arbeitsmarkt im April.

Während der allgemeine Arbeitsmarkt durch den eingetretenen Frühling eine Entspannung erfahren hat, ist die Zahl unserer arbeitslosen Berufsangehörigen seit dem Vormonat wieder auf 26,9 Proz. gestiegen, und zwar partizipieren hieran unsere Kollegen und die Kolleginnen in gleich starkem Maße. Die Zahl der arbeitslosen Kollegen ist von 5066 oder 25,5 Proz. auf 5237 = 26,4 Proz., die der Kolleginnen von 9410 = 26,1 Proz. auf 9813 = 27,4 Proz. gestiegen. Die Zahl der Kurzarbeiter ging von 20 426 = 36,5 Proz. auf 17 956 = 32,3 Proz. zurück, so daß wir nach den letzten Berichten mit rund 40 Proz. Vollarbeitern rechnen konnten. Das Buchbinder-gewerbe scheint von dieser verschlechterten Marktlage weniger als die Kartonnagen-industrie betroffen zu sein. Noch schlechter war die Lage in der Etuisbranche.

Gegenüber den letzten Monaten und dem Vorjahre waren vorhanden:

1930	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Februar	10 922 = 18,4 Proz.	14 731 = 24,8 Proz.
März	11 377 = 19,2 Proz.	13 717 = 23,1 Proz.
April	11 705 = 19,6 Proz.	13 963 = 23,5 Proz.
1931	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Februar	14 564 = 25,9 Proz.	20 802 = 37,0 Proz.
März	14 476 = 25,9 Proz.	20 426 = 36,5 Proz.
April	15 050 = 26,9 Proz.	17 956 = 32,3 Proz.

Die beste Geschäftslage zeigte die Tüten- und Beutelindustrie mit rund 55 Proz. Vollbeschäftigten, während in der Buchbinderbranche ebenso wie im Gesamtdurchschnitt nur 40 Proz. Vollbeschäftigte ermittelt wurden. Dagegen wies die Kartonnagenindustrie nur rund 30 Proz. und die Etuisindustrie sogar nur 20 Proz. Vollbeschäftigte auf.

Nach den Konjunkturberichten, die für 39 000 Berufsangehörige und 613 Betriebe vorlagen, waren von der Belegschaft beschäftigt:

- 17 Proz. gut,
- 46 Proz. befriedigend,
- 37 Proz. schlecht.

Die Mitgliederzahl ist weiter um 300 zurückgegangen und beträgt jetzt 55 604, darunter 35 790 weibliche. mk.

Was wird aus dem Arbeitslosenheer?

Mehr und mehr wird die Arbeitslosigkeit zu einem Kardinalproblem unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Gelingt es nicht, das Arbeitslosenheer baldigst zu demobilisieren, dann wird die finanzielle Unterstützung der Erwerbslosen immer schwieriger. Bei der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen und der gegenwärtigen parlamentarischen Situation kann jedes Anbohren neuer Einnahmequellen zu politischen Konflikten mit unübersehbaren Folgen führen. Das gleiche ist zu befürchten, wenn man versuchen wollte, eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unterstützungsempfänger vorzunehmen. In diesem Falle würde man nicht nur staatspolitische, sondern auch tarifpolitische Gefahren schlimmster Art heraufbeschwören.

Nach dem letzten Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat zwar der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahre schon Mitte Februar eingeleitet, in den beiden vorhergehenden Jahren trat eine Erleichterung erst zu Anfang März ein. Doch trotz dieser verhältnismäßig frühzeitigen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bleibt zu beachten, daß am 15. April noch 4,6 Millionen Arbeitsuchende gezählt wurden. Und wenn auch zu erwarten

ist, daß, wie in früheren Jahren, bis Juni die Arbeitslosenziffer weiter sinken wird, so ist es doch völlig ausgeschlossen, daß durch diese saisonmäßige Erleichterung der größte Teil der 4,7 Millionen in Arbeit gebracht wird. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß wir auch im Sommer mindestens 3 Millionen Arbeitslose behalten werden. Daraus ergeben sich aber für die kommende Herbst- und Winterzeit fürchterliche Perspektiven. Ein Arbeitslosenheer von 6 bis 7 Millionen erscheint nicht ausgeschlossen. Hatten wir doch Mitte April dieses Jahres allein 1,7 Millionen Arbeitslose mehr als im Vorjahre, obwohl schon 1930 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von über 3 Millionen gerechnet werden mußte. So sind die Zukunftsaussichten, wenn keine grundlegenden Änderungen eintreten.

Diese grundlegenden Änderungen können von zwei Seiten kommen, von einer Wirtschaftsbelebung und einer Arbeitszeitverkürzung. Soweit die Wirtschaftsbelebung in Frage kommt, ist eine pessimistische Haltung durchaus angebracht. Der automatische Aufschwung fehlt bis jetzt, von der saisonmäßigen Belebung abgesehen, vollkommen. Die hohen Zinssätze, die starren Preise und sonstigen Symptome lassen auch nicht erkennen, daß es in absehbarer Zeit besser wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung haben bis jetzt auch verfehlt, da sich nach der Lohnabbauaktion die Lage nicht gebessert, sondern vielerorts noch verschlechtert hat. Ein Weiterstreiten auf diesem Wege, d. h. durch Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen einen Weg aus der Krise zu finden, ist daher völlig abwegig und äußerst verhängnisvoll. Es bleibt darum nur die Möglichkeit, durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit einem erheblichen Teil der Erwerbslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Nur die gesetzliche Einführung der Bierzigstundenwoche wird eine halbige und wirksame Entlastung des Arbeitsmarktes bringen können. Diese gewerkschaftliche Forderung, die sich auch die Brauns-Kommission, allerdings nur in ungenügendem Maße, als Erkenntnis zu eigen gemacht hat, muß jetzt die Parole aller Arbeiter werden.

Daß die Gewerkschaften diese Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich erstreben, ist bei dem geschmähten Existenzminimum der Arbeitererschaft selbstverständlich. Ob es aber in jedem Falle gelingt, dieses Ziel zu erreichen, ist fraglich. Die entscheidende Frage wird daher sein, ob die kürzere Arbeitszeit auch dann zu bejahen ist, wenn ein nur teilweiser Lohnausgleich nicht vermieden werden kann. Die Antwort darauf wird nur von Fall zu Fall gefunden werden können. Im allgemeinen muß man sie bejahen, denn es gilt Schlimmeres — man möchte sagen, das Schlimmste — zu verhüten. Gelingt es nicht, der katastrophalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Einhalt zu gebieten, dann ist eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen gefährdet. Die Folge davon würde wahrscheinlich sein, daß die Not der Erwerbslosen zu einer maßlosen Lohnrückerei und damit zur Beseitigung jeglicher Lohnsicherung führen würde. Ist der Damm des Arbeitslosenschutzes einmal durchbrochen, dann gibt es im Kampf um die Arbeitsstelle kein Halten mehr. Mit einem Schlage würden sämtliche tariflichen und sozialen Errungenschaften beseitigt. Genau wie in früheren Krisenzeiten würden die Unternehmer nicht davor zurückschrecken, durch rücksichtslosen Lohnabbau und unsoziale Maßnahmen himmelschreiende Zustände heraufzubeschwören. Die Arbeiterschaft und ihr Organisationswerk könnten um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Das klingt furchtbar und übertrieben. Doch wir dürfen als Gewerkschafter keine Vogel-Strauß-Politik treiben. Wir müssen die Dinge sehen, wie sie wirklich liegen und welche Formen sie in der nächsten Zeit annehmen können. Und jeder wird zugeben müssen, daß, wenn nichts Entscheidendes geschieht, das Arbeitslosenproblem zu einer Schicksalsfrage für das gesamte Volksleben wird. Überall da, wo durch die Einführung der Bierzigstundenwoche eine Milderung der Arbeitslosennot erreicht werden kann, muß mit dem größten Nachdruck dafür eingetreten werden. Und zwar auch nicht zuletzt deshalb, weil in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges erfahrungsgemäß viel leichter eine Steigerung der Löhne als eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen ist.

Zur Lohnbewegung in Pforzheim und Lahr.

Wenn es noch Etuis- und Feinkartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen in Pforzheim und Lahr geben sollte, die glauben, daß ihr Unternehmer nur das Wohlergehen der Personale im Auge habe, dann haben die jetzt abgeschlossenen Mantel- und Lohntarifverhandlungen gezeigt, daß sie sich in einem großen Irrtum befinden. Selten gibt es Verhandlungen, die so wenig Serablinigkeit der Arbeitgeber zeigen, wie diese. Was an einem Tag geboten wurde, war am anderen Tag vergessen. In einer Stunde wechselten die Ansichten und Angebote mehrmals. Versprechen, die gegeben wurden, hatte man in ganz kurzer Zeit vergessen und behauptete gerade das Gegenteil von dem, was einige Stunden vorher zum heißen Kampf geführt hatte.

Seit dem 15. Januar geht der Streit, bis jetzt endlich ein Abbruch möglich war, der jedoch nur zustande kam durch das zähe Verhalten der Arbeitervertreter. Die Kollegenschaft selbst denkt ja leider nicht daran, daß sie in einem solchen Kampf durch Aktivität in den Betrieben ihren Unterhändlern den Rücken steifen könne. Bei den Berichterstattungen in den Versammlungen mault und schimpft man, selbstverständlich am wenigsten über seinen reaktionären Arbeitgeber, sondern über die Gewerkschaften, die nicht imstande sind, die alten Löhne zu halten. Von kommunistischer Seite wurde in diesem Stadium, wo es um die Lebensinteressen von Tausenden geht, Mißtrauen gegen die Gewerkschaften gefät, die Unterhändler verunglimpft und Zweifel in die Hirne der Arbeiter gebracht, so als Pfahl im Fleische der Organisation wirkend. Und wenn man dann einmal die Leute mit zu den Verhandlungen nimmt, damit sie dort zeigen können, daß sie es besser zu machen imstande sind als die „verräterischen Führer“, dann sitzen sie da wie das Kind beim Dreck und halten die sonst so große Klappe oder schwägen nur Blödsinn, daß man nachher genug zu tun hat, um den Schaden wieder zu beseitigen. Jedenfalls hat die A.G.D. in Lahr in diesem Kampf durch Verteilung schmutziger Flugblätter die Sache der Arbeitgeber genügend vertreten, indem sie bewußt die Organisation zu schwächen versuchte.

Ueber einen Teil der Verhandlungen ist in Nr. 20 unserer „Buchbinder-Zeitung“ schon berichtet worden. Bei der ersten Schlichtungsverhandlung bekamen wir einen Schiedspruch, der 5 Proz. Lohnabbau vorsah. Dieser Spruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. Auf unseren Antrag mußte sich der Landeschlichter mit der Sache zwecks Verbindlichkeitserklärung befassen. Wer aber geglaubt hatte, daß dieser die Verbindlichkeit aussprechen würde, der hat sich geirrt. Der stellvertretende Landeschlichter,

Herr Obergewerberat H a n e w i n k e l, gab sich alle Mühe, uns schmachhaft zu machen, daß wir nur gewinnen können, wenn wir einen Vergleichsvorschlag annehmen würden, der einen Lohnabbau vorsieht, den die Unternehmer niemals wollten. In den Parteiverhandlungen haben diese immer wieder erklärt, daß sie für Jahr 80 Pf. Spitzenlohn möchten. Einen geringeren Lohn zu bieten, falle ihnen gar nicht ein. Trotzdem dies dem Schlichter wiederholt und eindringlichst gesagt wurde, machte er zuerst den Vorschlag von 78 Pf., später ging er dann auf 79 Pf. Von dieser fixen Idee war er nicht abzubringen. Zugleich sollten die Mantelvertragsbestimmungen über die Ferien dahingehend geregelt werden, daß für das Jahr 1931 eine Kürzung der Ferien eintritt, trotzdem der Mantelvertrag bis zum 1. Juli d. J. gilt. Die Unternehmer haben den Mantelvertrag gekündigt, um eine Regelung der Ferien zu erstreben. Wir mußten, wollten wir uns nicht selbst aufgeben, diesen Vergleichsvorschlag ablehnen. Nun geschah das Unglaubliche, daß der Schlichter es ablehnte, den Schiedspruch mit 5 Proz. Lohnabbau für verbindlich zu erklären, weil der Mantelvertrag gekündigt sei, in diesem sich jedoch die Lohnstaffel befinde und man nicht wisse, ob bei der Neuregelung die Staffel geändert werde. Dieses Argument haben die Unternehmer selbstverständlich sofort aufgegriffen und bei den nächsten Schlichtungsverhandlungen eine Verschlechterung der Lohnstaffel beantragt. Durch dieses Verhalten des stellvertretenden Landesrichters ermutigt, kündigten die Unternehmer dem gesamten Personal zum 30. April. Diese Einstellung des Richters verwundert nicht, wenn man weiß, daß dieser Mann an den kommenden zweiten Lohnabbau absolut glaubt und ihn verteidigt.

Bei den weiteren Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Pforzheim ist es der Einsicht desselben zu danken, daß die Lohnstaffel im Mantelvertrag, entgegen den Anträgen der Unternehmer, nicht verschlechtert wurde; doch hat er seinen ersten Schiedspruch revidiert und einen zweiten gefällt, der einen Lohnabbau von 6 Proz. brachte. Auch dieser Schiedspruch wurde von den Unternehmern sofort abgelehnt und ein Antrag für die nächsten Verhandlungen eingebracht, der einen Lohnabbau von 80 Pf. auf 76 Pf. für Pforzheim und einen solchen von 86 Pf. auf 78 Pf. für Lahr ab 1. Mai und auf 74 Pf. ab 1. August fordert. Bei den folgenden Parteiverhandlungen wurde dann eine Einigung dahingehend erzielt, daß ab 1. Mai für Pforzheim ein Spitzenlohn von 76 Pf. bis zum 31. Dezember 1931, für Lahr von 82 Pf. ab 1. Mai und von 80 Pf. ab 26. Juni bis zum 31. Dezember 1931 gilt. Den Schiedspruch über den Mantelvertrag, der eine Kürzung der Ferien für das Jahr 1931 um je einen Tag in den oberen Staffeln vorsieht, haben beide Parteien angenommen. Damit hat dieser Kampf sein Ende erreicht.

Der „Wirtschaftsverband“ hat brutal, rücksichtslos und hohnlachend die Notlage der Arbeiterschaft ausgenützt und in aller Offenheit zugegeben, daß ihm ein tarifloser Zustand als Ideal erscheine. Man hat mit zynischer Freude erklärt, daß die Unternehmer jetzt oben auf sind und daß sie ihre Macht rücksichtslos gebrauchen. Das müssen sich unsere Kollegen merken und sich darauf einstellen, daß alles dreifach heimgezahlt wird, wenn das Blatt sich wieder wendet. Wir haben nur schweren Herzens diesem neuen Vertrag zugestimmt, weil wir nicht wollten, daß durch die geplante Auslieferung mehrere tausend Menschen in noch größeres Elend kommen, als sie an und für sich schon sind. Und wenn die Unternehmer glauben,

durch diesen Lohnabbau ihre Industrie heben zu können, dann haben sie sich verrechnet wie schon so oft. Das Gegenteil wird eintreten, wie wir ihnen wiederholt bewiesen haben.

An dem Ausgang des Kampfes ist der Landesrichtler nicht ganz unschuldig. Sein Verhalten verzögerte den Abschluß und hat den Unternehmern einen weiteren Gewinn gebracht, der nicht notwendig war. Wenn man das trostlos armselige Leben der Eisarbeiterchaft kennt und weiß, daß diese in ihren Ferien nicht den einzelnen Herren in die Seebäder, in die Schweiz und nach Italien folgen können, dann ganz einfach deshalb nicht, weil der Lohn nicht ausreicht, um sich mit der Familie satt essen zu können. Wir hatten das Gefühl, daß dieser Schlichter die für sein Amt notwendige Objektivität allzusehr vermissen läßt, was nicht nur wir, sondern auch andere Gewerkschaften empfinden. Den Bauhandwerkern hat er einen Lohnabbau von 13 Proz. diktiert, der von seinem Vorgesetzten wieder auf 10,5 Proz. reduziert wurde. Es wird Zeit, daß das Reichsarbeitsministerium sich seine Schlichter einmal genauer ansieht, um den Weizen von der Spreu zu trennen, soll nicht der Schlichtungsgedanke einen starken Stoß erhalten und noch mehr distrebiert werden.

Unserer Kollegenschaft aber sei gesagt, daß die Organisation die Dinge nur meistern kann, wenn der Zusammenschluß bald und restlos erfolgt. Sonst wird mit ihren Lebensinteressen durch den Wirtschaftsverband vollends Schindluder getrieben. Die letzten Vorgänge müssen auch dem Dümmssten bewiesen haben, daß „sein Herr“ nur seinen Profit kennt und es ihm ganz gleichgültig ist, wieviele von den armen Proleten auf der Straße an Hunger trepieren. Darum seid gewarnt! Spornet alle Kräfte an und holt die Säumigen in unsere Reihen. P. D., St.

Zum Lohnkampf bei Soenneken in Bonn.

Die Firma F. Soenneken-Bonn wandte bei der Lohnregelung in diesem Jahre Methoden an, die es verdienen, allgemein bekannt zu werden. Diese Büroartikelfabrik gehört außer dem örtlichen Arbeitgeberverband auch noch dem „Oppositionsverband gegen den „Api“ und die Reichstarife“ an. Sie weigert sich, den Reichstarif für die Buchbindereiabteilung anzuerkennen, weil sie auch Abteilungen für Metall- und Holzverarbeitung hat und daher angeblich für sie nur ein Haustarif in Frage kommen kann. In einem Prozeß, der in den Jahren 1926/27 geführt wurde, erkannte das Landgericht Bonn diesen Rechtsstandpunkt an. Die Löhne des Haustarifes waren zwar geringer als die der Reichstarife, es wurden aber in der Buchbindereiabteilung niedrigere Löhne, als sie der Reichstarif vorsieht, nicht gezahlt.

Die Firma kündigte diesen Lohnstarif, um durch einen Neuabschluß „der verringerten Ertragsfähigkeit Rechnung zu tragen“. Was damit gemeint war, stellte sich bald heraus. Die Arbeiterschaft sollte unter Druck gesetzt werden, um dann eine Lohnherabsetzung vornehmen zu können, wie sie selbst in dieser Zeit nur selten vorkommt. Es wurde Stillelegung beantragt und die Entlassung von 100 Arbeitern in Aussicht gestellt. Die Begründung wurde sichtlich schwer. In zwei Verhandlungen konnten triftige Gründe nicht vorgebracht werden, so viel Mühe man sich auch gab. Je länger die Verhandlungen dauerten, um so klarer wurden die angeblichen Gründe, um so klarer war aber zu erkennen, worauf es der Firma ankam. Bei

den Verhandlungen über die Akkordlöhne verlangte sie deren Abbau für Akkordarbeiter, so daß diese höchstens 25 Proz. über den Haustariflohn verdienen sollten. In langen, schwierigen Verhandlungen gelang es dann dem Arbeiterrat, dem die Regelung der einzelnen Akkordsätze nach dem Manteltarif obliegt, den Abbau zu mildern, so daß der Abzug rund 15 Proz. betrug und nicht, wie die Firma unbedingt verlangte, 30 Proz. Immerhin ist der Abzug erheblich. Man hatte es diesmal auf die Buchbinder abgesehen, die sich in langjähriger Tätigkeit eine besondere Routine in ihrer Arbeit angeeignet haben und immer ihre letzte Kraft hergaben. Es waren 65 Kündigungen ausgesprochen worden; diese sollten zurückgenommen werden, wenn die Buchbinder den Abzug auf sich nahmen.

Von der Firma war bewußt eine Situation herbeigeführt worden, die einen Gegensatz hervorbringen sollte zwischen den schlecht organisierten und schlecht bezahlten Metallarbeitern und den gut organisierten und dementsprechend auch bezahlten Buchbindern. Durch den zähen und entschlossenen Widerstand unserer Kollegen konnte diese Absicht zum großen Teil trotz der schlechten Wirtschaftslage verhindert werden.

Diese Methoden wird man sich merken müssen. In ihrer Personalpolitik hat die Firma seit längerer Zeit bei den höheren Angestellten eine unglückliche Hand. Das hat der Firma eine mächtige Stange Geld gekostet. Die Buchbinder sind aber nicht gewillt, die Kosten dafür dauernd zu bezahlen. Sie werden ihre Ansprüche zu gegebener Zeit anmelden.

—elde—

Berichte.

Bezirksversammlung im Gau Sachsen. Am 3. Mai fand die erste Bezirksversammlung des Gau Sachsen in Annaberg statt; zahlreiche Vertreter aus Annaberg, Luc, Oberwiesenthal, Naßau, Schwarzenberg und Zwönitz nahmen an ihr teil. Kollege Miering begrüßte die Erschienenen und ging auf den Zweck der Bezirksversammlungen ein, von denen etwa 380 Delegierte erfaßt würden. Diese Zusammenkünfte sollen eingehende Ausprachen über die zukünftigen Aufgaben des Verbandes bringen. Kollege Hierold begrüßte die Erschienenen im Namen der Zahlstelle Annaberg und wünschte der Tagung guten Erfolg. Dann ging man sofort zur Erledigung der Tagesordnung.

Kollege Miering berichtete über die stattgefundenen Reichs- und Ortstarifverhandlungen, wobei er auch auf die Brünning-Verordnung einging, die eine 6proz. Lohn- und Gehaltsstärkung gebracht habe. Die Reichstarifverhandlungen wurden diesmal außerordentlich erbittert geführt. Es hat alle Anstrengungen gekostet, um einen größeren Lohnabbau zu verhindern. Bei den Lohnverhandlungen mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten hat auch das Erzgebirge mit seinen niedrigen Löhnen eine besondere Rolle gespielt. Festgestellt muß jedoch dazu werden, daß die Erzgebirgischen Kartonnagenfabriken trotz der niedrigen Löhne leerstehen und daß damit der Beweis geliefert ist, daß die Ursache des schlechten Geschäftsganges nicht in den angeblich hohen Löhnen, wie die Unternehmer behaupten, sondern in anderen Dingen zu suchen ist. Koll. Miering behandelte noch die Schlichtungsverhandlungen, die unter besonderen Schwierigkeiten geführt werden mußten und begründete dabei die freie Vereinbarung mit dem Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten. Sodann ging er auf die wirtschaftliche Lage näher ein, die von den Unternehmern benutzt wird, um Akkordlöhne und übertarifliche Löhne zu drücken. Im Anschluß hieran behandelte er die kommenden Mantelvertragsverhandlungen, bei denen die Arbeitszeitverkürzung und der von den Unternehmern beabsichtigte Abbau der sozialen Lasten eine Rolle spielen werden, ganz eingehend eine Aussprache über die Frage der Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich, um bei den Verhandlungen die Stellung der Kollegenschaft vertreten zu können. Zum Schluß betonte er, daß wir uns den Kopf nicht über die Frage des Lohnausgleiches bei einer Arbeitszeitverkürzung zu zerbrechen brauchen, wenn die Einheit der Arbeiterschaft vorhanden wäre. Leider verfluchten aber die RSD. und Nazis, die Einheit der Arbeiterschaft zu zer-

schlagen, wobei die Unternehmer den Vorteil haben. Er forderte zur tätigen Verbandsarbeit auf.

Der Vortrag wurde mit großem Interesse aufgenommen. In der Aussprache behandelte Kollege Schöntaube, Buchholz, die Arbeitszeitverkürzung, die unbedingt kommen müsse, um die Arbeitslosen wieder in die Betriebe zu bekommen. Obwohl der Lohn für 48 Stunden Arbeit nicht ausreicht, müßte doch den Arbeitslosen Solidarität entgegengebracht werden. — Kollege Hübschmann, Raschau, ging besonders auf den Lohnausgleich ein und forderte, daß dieser nicht lang- und klanglos entgegengenommen wird. Er anerkannte, daß diese Frage nicht leicht zu lösen sein wird. — Kollege Knoll, Aue, ging auf den Reichstarif ein, der uns nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätte und daß durch ihn die Kollegenchaft keine Kampfziele besäße. Bei örtlichen Abschlüssen hätte die Arbeiterchaft mehr Interesse und dann würde es auch mit dem Organisationsverhältnis besser ausfallen. Die Kollegen Hempel und Müller, Annaberg, behandelten die Doppelverdienerfrage, die ernstlich Beachtung verdienen. Ganz besonders müßte der Doppelverdienst der Pensionäre und Beamten beseitigt werden. Die Kollegen Müller, Schulze und Knoll sprachen auch über die Entfernung der alten Arbeiter aus den Betrieben. Diese Frage müßte zu einem Kampfruf für die Arbeiterchaft werden, um diesen Altsen zu ihrer verdienten Ruhe mit einer auskömmlichen Rente zu verhelfen, wodurch für tausende jüngere Arbeiter Arbeitsplätze freigemacht werden könnten.

Kollege Grummt berichtete über die Verhältnisse in der Zahlstelle Annaberg, wo fast sämtliche Kartonnagenbetriebe stillliegen und die Unternehmer die Wirtschaftskrise in fast ungläubiger Weise ausnützen. Die Meinung des Kollegen Knoll, daß der Reichstarif nichts gebracht habe und die Kampfziele der Arbeiterchaft mit den Reichstarifen untergraben würden, konnte Grummt nicht teilen. Er wies nach, daß in Annaberg örtliche Abschlüsse bestehen und trotz reger Agitation von besonderem Kampfwillen nichts zu merken ist. Daß es noch so viele Nuhnheiser des Tariflohnens gibt, liegt an der organisierten Arbeiterchaft selbst, die zu wenig Mitarbeit leistet. Der Gedanke des Reichstarifes wird erst dann erkannt, wenn er nicht mehr besteht, was in Annaberg der Fall ist. Darum werden hier alle Möglichkeiten untersucht, um dem Reichstarif wieder angelehnt zu werden. — Dieser Meinung schloß sich Koll. Nischke, Bösnig, an. Er ging weiter auf die Absicht der Regierung ein, nur eine Wohnbauwelle ins Wert zu setzen. — Kollege Richter, Annaberg, sprach über die Invalidenunterstützung. Er wünscht, daß den Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben wird, während der Arbeitslosigkeit den Invalidenbeitrag zahlen zu können, um die Karenzzeiten zu erreichen. — Nachdem noch einige Anfragen betr. Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft bei Arbeitslosigkeit gestellt wurden, betonte Kollege Miering im Schlußwort, daß Einstimmigkeit für eine Verkürzung der Arbeitszeit vorhanden sei. Die Doppelverdienerfrage sei sehr umstritten. Die Frage der Altersrenten könne nicht mit der Gewerkschaftsarbeit verbunden werden, obwohl die Gewerkschaften auch in dieser Hinsicht ihren Mann stellen, um den alten Arbeitern zu einem besseren Los zu verhelfen. Zur Frage der Bedeutung der Reichs- und Ortsstarife konnte Miering die Kollegenchaft besser belehren als Kollege Knoll. Nur müsse darauf geachtet werden, daß die festgesetzten Akkordsätze eingehalten und das Antreiberystem beseitigt wird.

Kollege Legler, Chemnitz, ging auf die gestellten Fragen ein und teilte mit, daß den Arbeitslosen die Mitgliedschaft erhalten bleibt. Natürlich gehöre es sich, daß der Arbeitslose die Zeitung abhole und sich dabei die Arbeitslosenkarten liegen lasse. Wer das unterläßt, läuft Gefahr, daß ihm statutengemäß die Mitgliedschaft erlösche. Betreffs der Invalidenbeiträge könnte erst der nächste Verbandstag beschließen. Ob sich eine Mehrheit dafür finden wird, die den Arbeitslosen eine Nachzahlung gestattet, wie es durch den letzten Verbandstag den Kriegsteilnehmern gestattet worden ist, muß noch abgemart werden.

Sodann folgte eine Aussprache über örtliche Angelegenheiten. Kollege Zinner-Aue besprach das Gebiet des Oberen Erzgebirges und bezeichnete dieses als den schwersten Boden für die Organisation. Zu den politischen Meinungsverschiedenheiten komme noch ein Seitenweien, das zur Verwirrung des Arbeiters beitrage. Er ist der Meinung, daß das Erzgebirge nicht genügend bearbeitet wird. Es seien noch viele Orte zu erfassen, in denen unsere Organisation noch nicht vertreten ist. Er verwies auf die Orte Johanngeorgenstadt, Breitenbrunn, Schneeburg usw. und wünscht, daß diese Frage einer eingehenden Prüfung unterzogen wird. Weiter fragte Zinner über die Durchreisenden, die sehr viel persönliche Opfer vom Kassierer verlangen. Einige weitere Anfragen beantwortete Kollege Legler, wobei er zum Ausdruck brachte, daß sich alle Zahlstellen dem Ortsauschuß anzuschließen haben. Kollege Miering ging auf die Ausführungen des Kollegen Zinner näher ein. Auch er kennt den schweren Boden des Erzgebirges.

Der Gauleitung müßte von der Ausbreitungsmöglichkeit Kenntnis gegeben werden, denn er könne unmöglich alle Orte kennen, in denen sich ein Betrieb unseres Berufes befinde. Wenn ihm keine Möglichkeit gegeben ist, diese Orte zu bearbeiten, dann würde Kollege Grummt diese Aufgaben übernehmen müssen.

Zum Schluß dankte Kollege Miering für die rege Aussprache und forderte nochmals zur regen Verbandsarbeit auf. Nach fünfständiger Beratung konnte Kollege Zierold die Versammlung schließen mit dem Wunsch, daß sie zur Hebung der Organisation beitragen möge. „Nur Einigkeit führt zum Ziele.“

Hamburg-Altona. Unsere Zahlstelle hielt am 17. April eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Vor Erledigung der Tagesordnung gedachte Kollege Braach mit zu Herzen gehenden Worten der verstorbenen Kollegin Stein und des Kollegen und langjährigen Vorstandsmitgliedes Karl Pfennig. In einem vorzüglichen Vortrag schilderte Johann Kollege Nischbieter die Bestrebungen der Reichsregierung, durch sog. Reformen die Leistungen der Sozialversicherung, besonders der Arbeitslosenversicherung, immer mehr abzubauen. Ganz energisch muß von der Reichsregierung verlangt werden, daß die Altersgrenze in der Altersversicherung auf 60 Jahre herabgesetzt wird. Wndern muß man sich über die Kurzsichtigkeit der Unternehmer, die da glauben, durch Wohnabbau eine Anfurbebung der Wirtschaft erreichen zu können. Unser schärfster Kampf muß dem Trust- und Konzernwesen gelten, das durch seine Preisbindungen eine ungeheure Verteuerung der Waren herbeiführt. Redner setzte sich noch besonders für die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche ein. Zum Schluß forderte er die Versammelten auf, dafür Sorge zu tragen, daß die vielen Arbeitslosen den Gewerkschaften zugeführt werden, damit wir auch als Klasse einen Druck ausüben können, um mitbestimmend in der Wirtschaft zu sein.

Kollege Braach berichtete über den beigelegten Streit bei der Firma Klefstadt und forderte die Kollegenchaft auf, sich recht zahlreich an der Maifeier zu beteiligen.

Kaufbeuren. Am 2. Mai fand unsere Quartalsversammlung statt, die dadurch eine besondere Note erhielt, daß wir zwei tüchtige Mitglieder zu ihrem Verbandsjubäum ehren konnten. Nach Erledigung der Tagesordnung beglückwünschte der Vorsitzende die Jubilare, die Kollegen Blant und Huber, und überreichte ihnen im Namen der Zahlstelle ein Geschenk. Gauleiter Faust überbrachte die Glückwünsche des Verbands- und Gauvorstandes und übergab ihnen die schön ausgestattete Urkunde und ein Geschenk der Gauleitung. Kernige Worte richtete er an die Jubilare und auch an die Mitglieder, die einen äußerst günstigen Eindruck auf die Versammelten hinterließen. Die Kollegen Huber und Blant dankten mit bewegten Worten für die Ehrung mit

dem Geschenk, auch fernerhin dem Verbände die Treue zu bewahren.

Die Versammlung war ausnahmsweise gut besucht, ein Beweis für die Beliebtheit, der sich unsere Jubilare erfreuen. Die Gemütslichkeit forderte ihre Rechte und so verblieb man noch lange in froher Stimmung beisammen.

Mannheim. Sehr zahlreich hatten sich unsere Mitglieder zu der Versammlung am 25. April eingefunden, galt es doch, vier Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft zu ehren. Es waren dies die Kollegen Stüdel, Schröder, Hartmann und Stelzer. Zuerst wurden vom Kollegen Stüdel verschiedene Schreiben betamntgegeben und der im Mai geplante Ausflug besprochen. Sodann ging man zur Jubilarehrung über, die mit einem Musikvortrag eingeleitet wurde. Der 2. Vorsitzende, Kollege Weber, hielt eine kurze Ansprache, in der er besonders die Jugend aufforderte, diesen Kollegen nachzueifern. Anschließend überreichte er den Jubilaren die Ehrenurkunde des Verbandes, sowie von der Ortsverwaltung ein Geschenk. Kollege Stüdel dankte für die erwiesene Aufmerksamkeit. Den weiteren Abend umrahmten Kollege Buß (Violine) und Kollege Schreiber (Klavier) reichlich mit musikalischen Darbietungen. Besonders erfreute uns Kollege Buß mit Liedern zur Laute. Allzu schnell verfloß die Zeit. Lange werden uns und den Jubilaren diese schönen Stunden in Erinnerung bleiben.

Infolge des Himmelfahrtsfestes mußte die vorliegende Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ einen Tag früher abgeschlossen werden.

Inhaltsverzeichnis.

Gewerkschaftliche Bildung als Zweckbildung. II. Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen: Der Lohnstarif für die Buchdruckerei-Buchbinder allgemeinverbindlich.

Der Arbeitsmarkt im April. Was wird aus dem Arbeitslosenheer? Zur Lohnbewegung in Pforzheim und Lahr. Zum Lohnkampf bei Soenneken in Bonn. Berichte: Bezirksversammlung im Gau Sachsen. — Hamburg-Altona. — Kaufbeuren. — Mannheim. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. und Wirtschaftsschule in Berlin. — Einstellung der Lokalunterstützungsauszahlung in Marburg. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main und Wirtschaftsschule in Berlin.** Im Oktober dieses Jahres beginnen neue Lehrgänge an der Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main und an der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin. Die Kurse dauern 9 bis 10 Monate. Zugelassen werden Mitglieder unseres Verbandes, die sich als Funktionäre hervorragend betätigt, am Fernunterricht der beiden Institute mindestens ein Jahr teilgenommen haben und von den Orts- bzw. Gauverwaltungen als befähigt empfohlen werden. Die Bewerbungen, für die ein besonderes Formular vorgegeben ist, müssen genau erkennen lassen, für welches Institut sie gelten sollen. Den Bewerbungen muß ferner beigefügt werden:

- a) ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf,
- b) eine Probearbeit vom Bewerber selbst verfaßt,
- c) ein Gutachten der Verwaltungsstelle.

Die Themen für die Probearbeit und alles weitere sind bei unseren Gauverwaltungen und den Zahlstellenbevollmächtigten in Berlin, Dresden und Leipzig zu erfahren. Dort sind auch die Formulare erhältlich. Ebenso sind die Bewerbungen dorthin einzureichen. Die Bewerbungen müssen bis spätestens 6. Juni beim Verbandsvorstand eingegangen sein, spätere Eingänge können nicht berücksichtigt werden.

2. **Einstellung der Lokalunterstützungsauszahlung in Marburg.** In der Zahlstelle Marburg kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mit-

glieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausbezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Abrechnungen

vom ersten Quartal 1931 gingen weiter bis zum 11. Mai bei der Verbandskasse ein von: Stettin — Mt., Stolp — Mt. = Halberstadt — Mt., Luckenwalde — Mt. = Bünde — Mt., Osna-brück 50,— Mt. = Eberstadt b. Darmstadt — Mt., Marburg — Mt., Saarbrücken 383,55 Mt., Wiesbaden — Mt. = Gotha — Mt. = Zittau 52,— Mt. = Freiburg 300,— Mt., Pforzheim — Mt., Reutlingen 1250,— Mt., Ulm 200,— Mt. = Regensburg 110,37 Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Köslin = Gau Rheinland-Westfalen = Gießen-Wehlar, Hanau = Weihenfels = Aue, Glauchau, Zwickau = Troßingen.

Adressenänderungen:

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Gießen-Wehlar: B: E. Falkenheimer, Gießen, Kaiser-Allee 28.
K: F. Jilch, Wehlar, Braunsfelder Straße 28.
Weihenfels a. d. Saale: B: R. Hoyer, Novallstr. 30.
K: B. Hecht, Novallstr. 24.

Der Verbandsvorstand.